

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

66 (23.3.1909) 1. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abteilungen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins H. u. gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Neblamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Neblamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.

### ?? Zur „Organisation der obersten Staatsbehörden“

hat die „Rhein-Neckar-Korrespondenz“ einen Artikel veröffentlicht, der Beachtung verdient, wenn man ihm auch keineswegs durchweg zustimmen kann. Derselbe befaßt sich vor allem mit der Frage durchgreifender Änderungen in der Organisation der Ministerien und sagt zunächst:

„Mit der Angleichung einiger Mittelstellen, wie des Oberstaatssekretärs, Verwaltungsrats, der Steuerdirektion usw., an die Ministerien wird es wohl getan sein. Man dürfte vielmehr auch die Frage wieder einmal zu prüfen haben, ob denn ein Staat von der Größe Badens in einer Zeit, wo das Reich seine Kompetenz fortgesetzt erweitert, noch eines Apparates von nicht weniger als vier Ministerien nebst einem weiteren Minister ohne Portfeuille bedarf. Schon in den achtziger Jahren war der Versuch gemacht worden, mit drei Ministerien auszureichen. Wenn er nach einigen Jahren wieder aufgegeben wurde, so lag es hauptsächlich daran, daß ein so bejahrter Mann wie Staatsminister Turban, eine normale Arbeitsleistung nicht länger bewerkstelligen konnte. Heute ist die Situation in anderer Hinsicht eine andere, und die Erneuerung jenes Versuchs würde sich aller Voraussicht nach bewähren.“

Der Verfasser scheint über die Vorgeschichte und den eigentlichen Charakter des „Vertrages“ ungenügend unterrichtet zu sein, der schon in den achtziger Jahren gemacht worden war.

Auf dem Landtag 1879/80 hat die Budget-Kommission der zweiten Kammer folgende Resolution vorgebracht, welche in der 58. Sitzung v. 15. März (der dritte Sitzung) einstimmig angenommen wurde: „Die Kammer wolle an die Großh. Regierung das Ersuchen richten, zu prüfen, welche Vereinfachung in der Organisation des Staatsapparates und ihres Geschäftsganges erzielt werden könne.“

Die Ergebnisse sollen dem nächsten Landtage mitgeteilt werden.“

Ob die Urheber dieser Resolution etwas Besonderes planten, kann natürlich nicht festgestellt werden, wenigstens nicht mit Sicherheit. Sehr wahrscheinlich haben die eigentlichen Macher das im Auge gehabt, was später erfolgt ist. Damals war noch die rücksichtslose Gewalttätigkeit der Nationalliberalen an der Tagesordnung. Dieselben verfügten genau über zwei Drittel der Kammerkräfte — 42 von 63. Die Minderheit bestand aus 16 (bzw. 15) Mitgliedern des Zentrums, 3 Demokraten und 2 Konserwativen. Von Rechtswegen mußte diese Minderheit im siebenköpfigen Kammerparlament durch 2 Mitglieder vertreten sein: durch einen Vizepräsidenten und einen Sekretär. Daran dachte aber die Nationalliberalen nicht. Vielmehr befehlten sie wieder den Voten der Präsidenten, so auch die der zwei Vizepräsidenten und aller vier Sekretäre mit Deuten ihrer Fraktion. Es war die Zeit des erbitterten Krieges mit Minister Stöcker. Auf geradem Wege hatten seine Feinde ihn nicht wegedrängt. Darum wurde es auf anderem Wege probiert. Die vorkommende Resolution mußte als Handhabe dienen. In der Kammer dachte niemand von denen, welche ihr zugestimmt hatten, an eine Reduktion der Ministerien. Als dann aber nach Kammerauflösung der Stöcker-Krieg sich fortsetzte und Staatsminister Turban seine sehr ansehnliche Rolle gegen seinen Kollegen Stöcker weiter führte, mußte die Resolution der Kammer als Ausweg dienen. Das Gesamt-Ministerium beschloß, die bestehenden vier Ministerien auf drei zu reduzieren, wobei das Handelsministerium anzuhören hatte. Wie auf dem folgenden Landtage 1881/82 der damalige Vorsitzende der Budget-Kommission, Abg. Friedrich, unterbreitete erklärte, daß jeder der beiden Hauptstreitenden, Turban sowohl wie Stöcker, darauf gerechnet, mit der Neubildung des reduzierten Ministeriums betraut zu werden. Der Ruf des Großherzogs erging an Turban und dieser klopfte nicht bei Stöcker an. Diese Vereinfachung entsprach also durchaus nicht einem empfundenen Bedürfnis und auch nicht einem Wunsch der Volkstretung. Aus der Mitte der letzteren hörte man beim Wiederzusammentritt der Kammer nur Worte des Bedauerns über den Wegfall des Handelsministeriums.

Nachdem die Vereinfachung Stöckers auf diesem Umweg erreicht war, hätte man gerne den alten Zustand wieder hergestellt, wenn man sich nicht hätte scheuen müssen.

Auf die Organisations-Änderung vom Frühjahr 1881 kann man sich also geradezu Weise nicht berufen, wenn man derartigen Fragen rein sachlich nachzutreten will.

Die Korrespondenz schreibt weiter: „Dazu kommt, daß sich gegen die derzeitige Abgrenzung des Geschäftsbereichs der einzelnen Ministerien sachliche Bedenken geltend machen lassen, die nicht von der Zeit her zu erklären sind. Wenn unser Schulwesen dem Fortschritte unterliegt, so hat dies seine sachlichen, sondern nur gewöhnlichen Gründe, die aber schon seit Jahren in Wesen gekommen sind. Es gehörte auch bei uns früher zum Ressort der inneren Verwaltung. Als jedoch nach Stöckers unfeindlichem Abgang Herr Turban neben dem Staats- und Handelsministerium vordringend auch nach das Ministerium des Innern übernahm, trennte man von letzterem das Schulwesen ab und teilte es dem Justizminister Roff zu, der

seit zwei Jahrzehnte lang im Oberschulrat gewirkt hatte. Das ließ sich rechtfertigen. Anders aber wurde die Sache, als 1901 Herr v. Dufsch, der 21 Jahre lang als Staatsanwalt tätig gewesen, das Justizministerium erhielt. Schon zu jener Zeit hätte sich eine Organisations-Änderung empfohlen — womit Herr von Dufsch übrigens ein Gefallen erwiesen worden wäre; denn Kultus und Unterricht gehörten nie zu den Annahmehellichten seines ministeriellen Tofens.“

Das „gewöhnliche“ (Gründe) ist wohl nur ein Seherfehler; es wird heißen sollen „persönliche“ (Gründe). Das stimmt nicht ganz. Noch weniger, was von Staatsminister Turban gesagt wird. Derselbe war von 1872 bis 1881 Handelsminister, von 1876 an zugleich Staatsminister. Von nun an hörte das Handelsministerium auf; dessen Arbeitsgebiete waren teils dem Ministerium des Innern überwiesen worden, teils dem Finanzministerium. Das war schon vor Erledigung der Frage geschehen, ob von Stöckers oder von Turban, „unfreiwilligem Abgang“ gesprochen werden mußte. Das Schulwesen war vom Ministerium des Innern weggenommen und dem Justizministerium zugeteilt worden, unabhängig von der Frage, wer Justizminister wurde.

Die Korrespondenz schreibt weiter: „Das Eisenbahnwesen war früher mit gutem Grunde dem Finanzministerium unterstellt. Erst als für Herrn von Brauer ein geeignetes Nestort geschaffen werden sollte, erfolgte die Abtrennung und die Bildung eines besonderen Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Nebenbei führte man als sachlichen Grund ins Feld, daß das Finanzministerium durch die Umwandlung eines Ertragssteuerbüros in eine gewöhnliche Vermögenssteuer in ungewöhnlicher Weise mit Arbeit überbürdet werde. Auch das liege schon darin. Aber Herr von Brauer ist schon seit vier Jahren nicht mehr Minister, und die Vermögenssteuer hat schon längst unsere Steuerzahler beglückt oder vielmehr enttäuscht.“

Früher! und mit gutem Grunde! Beides muß bestritten werden. „Früher“ war das Eisenbahnwesen dem Handelsministerium unterstellt. Wäre daselbst nicht aufgehoben worden, so hätte niemand daran gedacht, es dem Finanzministerium unterstellen zu wollen. Jedermann hat erleichtert aufgetaucht, als es 1893 wieder vom Finanzministerium weglief. Es mag sein, daß sich die Sache unter einem Finanzministerium. Buchenberger ganz anders gemacht hätte, als unter Ellstätter. Jedenfalls ist aber mit der Gefahr zu rechnen, daß die Eisenbahnverwaltung die fischalischen Gesichtspunkte zu stark berücksichtigt und die wirtschaftlichen zu wenig, wenn sie dem Finanzministerium unterstellt ist. Deswegen kann man nicht zustimmen, wenn gesagt wird: „mit gutem Grunde“.

Die Korrespondenz sagt zum Schluß: „Die persönlichen, wie die planmäßigen sachlichen Gründe für die gegenwärtige Organisation unserer höchsten Staatsbehörden sind also längst nicht mehr vorhanden. Es wäre deshalb umso notwendiger, zu einer zweckmäßigeren Abgrenzung der Kompetenzen zu schreiben, als sie eine Angleichung von Mittelstellen wesentlich erleichtern würde. Nach rein sachlichen Gesichtspunkten wäre das Schulwesen wieder dem Ministerium des Innern, das Eisenbahnwesen dem Finanzministerium und das Ressort des Großherzoglichen Hauses dem Justizministerium zuzuteilen, während die auswärtigen Angelegenheiten die Geschäftskreise des Vorstehenden im Staatsministerium fächerlich nicht wesentlich vermehren könnten.“

Wir sind dieser Meinung nicht. Wir glauben vielmehr, daß vier Ministerien geboten sind.

Wir glauben mit dem Verfasser des vorstehend mitgeteilten Artikels, daß das Arbeitsgebiet des „Ministeriums des Großherzoglichen Hauses“ dem Ministerium der Justiz zugeteilt werden kann. Wir würden auch die auswärtigen Angelegenheiten noch dazu rechnen.

Wir glauben mit der „Rhein-Neckar-Korrespondenz“, daß das Schulwesen dem Ministerium des Innern zugeteilt werden soll, dessen Organe sich ohne ihn vielfältig mit demselben befassen müssen.

Wir glauben aber nicht, daß das Eisenbahnwesen dem Finanzministerium unterstellt werden soll.

Ragegen meinen wir, es solle ein anderes viertes Ministerium organisiert werden, dem die Angelegenheiten des Verkehrswezens zu unterstellen wären, wie auch Handel, Gewerbe und Landwirtschaft. So ginge der Belastung des Ministeriums des Innern mit dem Schulwesen auch eine ziemlich umfangreiche Entlastung zur Seite.

Daß die Einrichtung eines Ministeriums ohne Ressort in Wegfall kommen kann, ist wohl ungeliebt ein Veronen-Weddel einzutreten hätte, wird wohl von niemandem bestritten werden können.

### Deutscher Reichstag.

(231. Sitzung.)  
Hd. Berlin, 22. März 1909.

Beginn der Sitzung 2 Uhr.  
Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt beim Kapitel: Adjutantur-Offiziere und Offiziere in besonderenstellungen. Die Kommission hat statt 400 000 Mark nur 300 000 M. bewilligt. Unter Ablehnung eines konserwativen Antrages auf Bewilligung der vollen geforderten Summe befristet das Haus den Kommissions-

beschluss. Weiterhin hat die Kommission von 206 Ober-Referentärstellern 15 als fünfzig wegliegend bezeichnet, ebenso 6 von insgesamt 149 Unter-Referentärstellen. Ein konserwativer Antrag will die Bezeichnung: fünfzig wegliegend, gestrichen wissen.

Abg. Dräcker (konf.) befragt den Antrag, der auch von einem Kommissar zur Annahme empfohlen wird. Abg. Erzberger (Ztr.) tritt für den Kommissionsbeschluss ein und fragt an, wie es mit der längst ausgefallenen Umwandlung des Veterinar-Korps stehe. Nur wenn diese bestimmt für das nächste Jahr verbehalten werde, würde er dem konserwativen Antrage zustimmen können.

Abg. Görde (nall.) schließt sich dem Wunsche nach einer solchen bestimmten Erklärung an.  
Ein Oberst aus dem Kriegsministerium erklärt, es bestche die feste Absicht, diese Umwandlung zum April 1910 vorzunehmen.

Siehe auf wird der konserwative Antrag angenommen. Zu dem Titel Reitendes Jäger-Korps hat die Kommission den Zusatz beschlossen: das Korps kommt vom 1. Oktober 1909 in Wegfall.

Abg. Rogalla von Bieberstein (konf.) beantragt, diesen Zusatz zu streichen.  
Staatssekretär von Schön erklärt, das auswärtige Amt könne des Dienstes von Kurieren nicht entbehren. Es müsse volle Gewähr in moralischer und physischer Hinsicht für rasche und gewissenhafte Depeschensendung gegeben sein.

Abg. von Serlling (Ztr.) erklärt, seine Freunde hätten in der Kommission der Bezeichnung des Jäger-Korps als fünfzig wegliegend zugestimmt in der Voraussetzung, daß das auswärtige Amt auf den Fortbestand des Korps kein besonderes Gewicht lege. Diese Voraussetzung habe sich nach dem heute geäußerten als irrig erwiesen. Seine Freunde würden nunmehr doch für den Antrag Rogalla von Bieberstein stimmen.

Abg. Semmler (nall.) erklärt daselbst.  
Der Antrag wird nun angenommen, der Zusatz der Kommission also gestrichen.

Abg. Erzberger (Ztr.) beschwert sich über Ausstellungen an katholischen Feiertagen.

Abg. Pfeiffer (Ztr.) beschwert sich darüber, daß ein katholischer Student von dem Bezirks-Kommandeur in Worms gefragt wurde, welcher Verbindung er angehöre, und daß der Student nicht zum Reserve-Offizier befördert werden sei, nachdem er geantwortet habe, einer katholischen Verbindung anzugehören. Ausdrucksgebend sei dabei die Stellung der Verbindung zur Duellefrage gewesen. Aus demselben Grunde sei auch ein Mitglied des Ringklub nicht zum Reserve-Offizier ernannt worden.

Minister von Einem: Die Militärverwaltung hat alles getan, um dem Mann zu seinem Rechte zu verhelfen. Der Bezirks-Kommandeur sei reifiziert worden. Im übrigen werde die Angelegenheit noch nachgeprüft werden.

Abg. Zubeil (Soz.) führt Klage über die Konfurrenz, die den Zivilmusikern durch die Militär-Musikapellen bereitet werde.

Abg. Söner (Ztr.) erklärt, die Mühlungen in Frankreich und Deutschland seien ein abnormer Zustand. Man sollte dies durch einen Vergleich zu verringern suchen. Abschaffen mühte man ferner die Mißhandlungen von Wehrten durch alte Mannschaften. Zu wünschen sei auch vermehrte Urlaubsbereitstellung.

Siehe auf werden die zu dem Titel Mannschaften gesellen Resolutionen der Kommission, betr. Feldwebel-Beurlaubung und betr. Militär-Musikapellen, angenommen, ebenso die Resolution betr. Geschützten statt Garfistren bei geringeren Verletzungen im Beurteilungsfeld.

Es folgt das Kapitel Naturalverpflegung.  
Abg. Zubeil (Soz.) bedauert, daß die Waren in den Kantinen zu teuer und zu schlecht seien.

Beim Kapitel Verlesungswesen und Ausrüstung der Truppen weist  
Abg. Zil (Ztr.) auf die volkswirtschaftlichen Nachteile hin, die dadurch entstünden, daß die ganze Verlesung und Ausrüstung der Truppen durch die Verlesungsämter erfolge. Man sollte dabei lieber die Handwerker-Organisationen und Genossenschaftsberächtigungen, die heute sehr leistungsfähig seien.

Abg. Eder zu Pustitz (konf.) glaubt, daß die Verlesungsämter sich bewähren können.  
Abg. Götter (nall.) sagt, man dürfe doch nicht ohne weiteres die nach dem Wunsch der Handwerker geschaffenen Verlesungsämter wieder abschaffen.

Generalmajor von Pöschel erklärt die Triften Klagen als un begründet. Die Verzüge aus Familien stellen sich nicht schwer, sondern vielfach billiger als die von Handwerker-Genossenschaften.

Die Resolution auf Neuordnung des Verbindungswezens wird nach einer weiteren kurzen Bemerkung des Abg. Dowe (fr. P.) angenommen.

Beim Titel Garnisons-Verwaltung und Serbiswesen betont  
Abg. Siebenbürger (konf.), daß die besten Mannschaften auf dem Lande ausgehoben werden. Man solle daher die kleinen Städte mehr mit Garnisonen belegen.

Abg. Duffner (Ztr.) bittet ebenfalls, die Garnisonen mehr nach kleinen Orten zu legen.  
Abg. Werner (Hsp.) tritt für Besserstellung der Unterpelotonen ein.

Beim Titel Militär-Medizinalwesen bedauert  
Abg. Aering (nall.) den Mangel an Assistenten, der sich im Kriege schwer fühlbar machen werde.  
Abg. Semmler (fr. P.) bringt Wünsche der Militärärzte vor.

Abg. Gerstenberger (Ztr.) spricht sich gegen Monopole bei Lieferungen aus. fordert  
Bei den Heize-Gebühren usw. fordert  
Abg. Stüden (Soz.) Erparnisse.  
Entgegen dem Vorhabe der Kommission bestätigt so dem Haus die Verlegung einer Unteroffizierschule von Wehrich nach Wehrich.

Bei einem weiteren Titel des Abschnittes Militär-Erziehungswesen plädiert

Abg. Wieland (d. P.) eingehend für das Kriegervereinwesen unter lebhaftem Beifall rechts.  
Zum Kapitel Artillerie- und Waffenwesen sind nicht weniger als 10 Redner angemeldet. Daher verlegt das Haus nunmehr die Weiterberatung auf morgen 2 Uhr. Außerdem 2 Lesung des Automobilschezes.  
Schluß 6 1/2 Uhr.

Hd. Berlin, 22. März. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages verlangten die Sozialdemokraten, daß die Marineneubauten nicht eher verhandelt würden, als bis Fürst Walow in der Kommission erschienen. Hierauf verlas der Vorsitzende Freiherr von Camp nochmals das Schreiben des Reichszanzlers, wonach dieser vor Eingang des Materials nicht Aufklärung geben könne, dies aber zu gegebener Zeit tun würde. Unter einstimmiger Zustimmung der Kommissionsmitglieder wurde alsdann der Vorhabe des Vorsitzenden, die Neubauten-Titel zurückzustellen und heute den Marine-Etat im übrigen zu erledigen, angenommen. Demgemäß wurde heute das Extra-Ordinarium ohne die Neubauten-Titel beraten.

### Deutschland.

Tabaksteuer betr. Die Subkommission des Reichstages hat außer der bereits gemeldeten Erhöhung des Rohabakzoll und der Einführung einer Fakturen-Beitrag auch die Verhängung einer sofortigen Zollsteuer beantragt, um eine übermäßige Vorkauf vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes zu verhindern. Die Vorschriften für das Inlandkommen eines Tabaksteuer-Gesetzes auf dieser Grundlage werden im Reichstage als günstig bezeichnet.

Die Hoffnung schwindet. Die „Frankf. Zeitung“ läßt sich aus Berlin telegraphieren: „22. März. In der Finanzkommission des Reichstages wird man morgen zur Branntweinsteuer kommen, und dabei wird sich voraussichtlich herausstellen, daß die Freimüthigen ihren alten wirtschaftlichen und steuerpolitischen Ansichten auf diesem Gebiete entsprechend auch dem auf Grund der Beratungen der Subkommission ausgearbeiteten Entwurf nicht zustimmen können. Damit schwindet die Aussicht, die Finanzreform mit Hilfe der Blockmehrheit zustande zu bringen. Es ist seit einigen Tagen in parlamentarischen Kreisen auch kein Geheimnis mehr, daß zwischen den Konserwativen und dem Zentrum Verhandlungen über die Mitwirkung dieser Partei an den Steuererlassen begonnen haben.“ Was davon richtig ist, läßt sich einstweilen nicht feststellen; Tatsache ist aber, daß der Block eine Unfähigkeit zeigt, die dem Reichskanzler viel Sorge macht.

Württemberg und die Fernspreckgebührenordnung. In der württembergischen Finanzkommission gab Ministerpräsident Dr. Weiglacker die Erklärung ab, die Regierung nehme in der Frage der Neuordnung der Fernspreckgebühren eine abwartende Haltung ein. Abgesehen von dem Wechselverehr werde Württemberg von den im Reich geplanten Änderungen nicht direkt berührt. Aber für die Zukunft werde man wohl auch an eine Änderung denken müssen. Es werde sich dabei wohl auch um Einführung einer Grundgebühre gehandelt, wobei die sogenannten Vielsprecher etwas mehr herangezogen würden und der Landbevölkerung gewisse Erleichterungen gewährt werden könnten. Es ist bekannt, daß der Stuttgarter Kompaß sich seit neuerer Zeit immer auf Berlin einstellt.

Der bayerische Ministerpräsident über den Papst. Aus Anlaß des Namenstages des Papstes fand am Vorechstag auf der Münchener Muniziar ein Festmahl statt, an dem auch der Ministerpräsident Freiherr v. Rodewils teilnahm. Dieser feierte den Papst, der nicht kleiner oder weniger verehrungswürdig wäre als Priester, wenn auch nur die Sorge um ein einziges Dorf auf ihm lastete und schloß mit einem Hoch auf den Träger der höchsten kirchlichen Gewalt. Der Münzins, Erzbischof Frühwirth, erwiderte, daß die auf die Ewigkeit gerichteten Bestimmungen des Papstes in dem Trinkspruch des Ministerpräsidenten eine Huldigung erfahren hätten, deren Wärme nur noch durch ihr tiefes Verständnis der Denkart des heiligen Vaters übertraffen wäre. Das werde diesem ein rechter Trost sein. Der Papst liebe Bayern und verehere den Regenten, der für die Fürsten, die sich um den ritterlichen Kaiser scharten, das Vorbild aller Regententugenden sei und der Kirche im Geiste der Ueberlieferung seines Hauses stets seinen gnädigen Schutz gewährt habe.

Die Festrede des Ministerpräsidenten fiel durch ihre Wärme und ihr Verständnis für das Amt des Papstes auf. Die „Augsb. Postztg.“ bemerkt u. a. zu der Rede: „Das katholische Volk wird dem Ministerpräsidenten herzlichen Dank dafür wissen, daß er ihm vom Standpunkte des Mannes von Welt und Bildung aus das Bild des Oberhauptes der Kirche in so erareifenden Zügen nahe gebracht hat. In unseren Tagen zunehmender Verflachung der religiösen Begriffe ist solch eine Rede eine apologetische Tat. Sie ist es, weil sie nicht nur die gläubigen Kreise erheitert und erbaut, sondern auch da, wo man dem Papsttum gleichgültig oder ohne Verständnis gegenübersteht,



kraft der ihr sich offenbarenden geistigen Werte Syn-  
pathie und Interesse erweckt.

Zum Fall Tremel erklärten 26 Wolsbacher Ge-  
meindeangehörige in der „Augsb. Abendzeitung“ mit  
Unterschrift: „Wir bringen unserem Pfarrherrn  
Tremel nach wie vor unbegrenzte Verehrungen ent-  
gegen.“ Im „Bamberger Volksbl.“ hieß es: „Auch  
Unterschriften sollen gesammelt worden sein, aber  
von der ganzen Pfarrei mit ihren acht Ortschaften  
hat nicht ein einziger Katholik seine Unterschrift ge-  
geben.“ Das mag dem Pfarrherrn Tremel zu denken  
geben. Die Mitglieder der Pfarrei Wolsbach fragen  
den Berichterstatter des „Bamb. Volksbl.“, wo die  
Liste aufgegeben sind. Ihnen sei davon nichts be-  
kannt geworden, sonst wären die Listen jedenfalls  
nicht ohne Unterschriften geblieben.

Pfarrer Tremel selbst erklärt am 16. März:  
„Die Maßregel der sofortigen Suspension ist keine  
Folge der Verleumdung zu Wolsbach, sondern sie ist  
ihm vorhergegangen, sie war nichts anderes als die  
Antwort auf ein unter dem 2. März an das Hoch-  
würdigste Generalvikariat Bamberg gerichtetes Schrei-  
ben, worin ich die Verurteilung an das Hochw. Ordina-  
riat Würzburg und die Anrufung des landesherrlichen  
Schutzes anforderte.“ Inzwischen hat Tremel  
bekanntlich auch geschrieben, er habe nicht gewußt,  
daß die Anrufung des landesherrlichen Schutzes die  
Erfommunikation nach sich ziehe. Die Sache liegt  
zurzeit in zweiter Instanz in Würzburg und wird  
ganz den Bestimmungen des Kirchenrechtes gemäß  
ausgetragen werden. Es wäre daher am Platze, wenn  
man die Angelegenheit nicht auch denen überlässe,  
welche sie angeht.

## Ausland.

### Frankreich.

Ueber die Ursachen des Postbeamtenstreiks wird  
der „Lothr. Volksstimme“ von ihrem Pariser Mit-  
arbeiter geschrieben: „Der Streik unter den Post-  
beamten beruht auf zwei Ursachen: es ist das un-  
regelmäßige Beförderungswesen und das schänd-  
liche System der Strafverurteilungen. Bei Beför-  
derungen werden altbediente Beamte übergan-  
gen, um jungen Strebern den davorstehenden  
Posten zu geben, Streber, welche kein anderes Ver-  
dienst haben, als von irgend einem Senator oder  
Landboten protegiert zu sein, die dem Staatssekretär  
der Posten nur ein Wort ins Ohr zu flüstern haben,  
um die begehrte Stelle für ihren Günstling zu er-  
halten. Die Strafverurteilungen sind aber noch  
widerlicher. Im Postbezirk von Perigueux ist es vorgekommen,  
daß eine Postbehalterin, eine Witwe mit  
Kindern, eine Strafverurteilung erhielt. Das Verbrechen der armen Frau be-  
stand darin, daß ihr Knabe in der  
Kirche bei der heiligen Messe mini-  
strierte. Sie besaß sich indirekt bei einer höheren  
Instanz und erfuhr, daß sie von einem Bezirksrat  
bei einem Landboten denunziert worden war. Der  
Denunziant behauptete, der „Meritalismus“ der  
Frau mache einen schlechten Eindruck auf die Wähler.  
Der Landbote, bestreut, einige Stimmen bei den  
nächsten Wahlen zu verlieren, erwirkte nun die Straf-  
verurteilung dieses weiblichen Beamten. Und so geht  
es durch die ganze Post.“ Wenn solche Dinge im  
Rande der angeleglichen Freiheit, Gleichheit und Brü-  
derlichkeit geschehen, wo Sozialisten und ähnlichen  
Gesichter in der Regierung sitzen, die das Wort Frei-  
heit behändig im Munde führen, selber aber Sklaven  
der ärgsten Korruption sind, dann darf man sich nicht  
wundern, wenn die Masse der Untergebenen auf die  
Autorität der Großen pfeift. Nur die Gerechtigkeit  
ist ein solches Fundament der Staaten!

Zum Postbeamtenstreik wird aus Paris gemel-  
det: Die Post- und Telegraphen-Arbeiter hielten  
gestern im Rivoli-Saale eine Versammlung ab, worin  
sie Stellung zu dem Beschluß des Streik-Komitees  
bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit nehmen  
sollten. Ueber 6000 Personen waren anwesend. Ver-  
schiedene Redner berichteten über die Lage. Um halb  
11 Uhr wurde unter lebhaftem Beifall die Fortfüh-  
rung des Anstandes beschloffen. Die Versammlung  
ernannte alsdann 12 Delegierte, welche beauftragt  
wurden, sich zum Kabinetschef und Minister des  
Innern, Clemenceau, zu begeben und von diesem  
den Rücktritt des Staatssekretärs  
Symian sowie das schriftliche Ver-  
sprechen zu verlangen, daß keine Amt-  
enthebung gegen Ausländische ver-  
fügt werde. Hierauf wurde die Versammlung  
aufgehoben. Um 3 Uhr sollten die Delegierten in  
einer neuen Versammlung über das Ergebnis ihrer

Schritte bei Clemenceau Rechenschaft ablegen. — Auch  
die Unterbeamten beschloffen, entgegen ihrem geitri-  
gen Beschlusse, den Ausstand fortzusetzen. — Kabi-  
netschef Clemenceau empfing mittags die Dele-  
gierten der ausländischen Post- und Telegraphen-  
beamten, welche ihm erklärten, daß es sich bei ihnen  
in der Hauptsache weniger um die Frage profession-  
eller Charaktere als vielmehr um eine solche der  
persönlichen Würde handele. Clemenceau und  
Barthou erklärten, daß sie unter keinen Umständen  
die Frage des Rücktritts des Staatssekretärs  
Symian diskutieren wollten. Desgleichen erklärte  
Clemenceau, er weigere sich, irgendwelche Beding-  
ungen seitens der Ausländigen entgegenzunehmen.  
Die Regierung habe bereits ein Zeichen ihres Ent-  
gegenkommens gegeben, indem sie alle Ausständigen  
ohne Ausnahme angefordert habe, die Arbeit wieder  
aufzunehmen. Barthou erklärte, daß sein Ent-  
schluß betr. die Absetzung der Adels-  
führer unrückgängig sei. Desgleichen  
würde er Maßnahmen ergreifen gegen alle diejenigen,  
welche die Arbeit nicht sofort wieder aufnehmen wür-  
den. Das Streik-Komitee beschloß darauf, die Wieder-  
aufnahme der Arbeit für Dienstag zu empfehlen.  
Die in der St. Paul-Turnhalle versammelten 8000  
Post- und Telegraphenbeamten nahmen den Beschluß  
nicht an und beschloffen die Fortsetzung des Aus-  
standes bis zum Neujahr. Dagegen stimmten die  
unteren Post- und Telegraphenangehörigen sowie die  
Arbeiter zu, nachdem ihnen der Domann des Streik-  
ausschusses in bestimmter Form erklärt hatte, daß der  
Unterstaatssekretär Symian in sehr kurzer Zeit zu-  
rücktreten werde. Das Amtsblatt veröffentlicht heute  
einen langen Erlaß Symians über die Anwesenheits-  
verhältnisse der Post- und Telegraphenbeamten, in  
dem er den von diesen ausgesprochenen Wünschen  
nachzukommen sucht. — Die Heine-Gesellschaft Cool  
hat angefangen die Postbeamtenstreiks eine vorläufige  
Verbindung mit England herzustellen. Gegen eine täg-  
liche Vergütung übernimmt die Gesellschaft die für  
England bestimmten Briefe und befördert sie nach  
London zur Post. In der Pariser Warte-Halle herrscht  
Verwirrung, da angefangen des Streiks empfindliche  
Störungen in der Beförderung von Nahrungsmitteln  
eingetreten sind. — Wie aus Amiens gemeldet wird,  
sind im dortigen Departement 57 Telegraphen-  
leitungen von freireisenden Postbeamten abgeschnitten  
worden. Die Täter dürften schwere Gefängnis-  
strafen erhalten.

### England.

Die Regierung von Neuseeland hat sich bereit  
erklärt, dem Mutterlande ein Kriegsschiff neueren  
Typs zur Verfügung zu stellen und wenn nötig für  
ein zweites Kriegsschiff aufzukommen.

### Amerika.

Die Tarifdebatte in amerikanischen Repräsen-  
tantenhaus wurde gestern eröffnet. Payne sagte, ein  
Land, das Amerika nicht die gleiche Gelegenheit wie  
irgend einem anderen Lande einräumt, müsse den Mari-  
tariff zahlen. Amerika sei der größte Weltmarkt. Er  
frage, ob irgend jemand sei, der nicht wisse, daß Deutsch-  
land und Frankreich, die den amerikanischen Handel  
suchen, sich sofort die Minimalzölle sichern würden. Der  
Doppelzoll schütze Amerikas Märkte vor unzulässiger  
ausländischer Wettbewerb. Weiter erklärte ausdrücklich,  
England würde die Minimalzölle genießen und er sei  
absolut sicher, daß alle großen Mächte die Gelegenheit  
wahrnehmen würden, um sich die gleichen Vorteile zu  
sichern, wie England. (Deutschland braucht aber dazu  
absolut den Freihandel nicht. Wenn es Amerika die  
Rechte der Meistbegünstigung einräumt, würde es mit  
seinem Schutzsystem dasselbe erreichen, wie England  
mit dem Freihandel.)

## Der serbisch-österreichische Konflikt.

Die Lage wesentlich verschlechtert anzusehen.  
Nach den im Wiener Anstaltigen Amt vorliegenden  
Nachrichten hätte man alle Ursache, die Situation als  
wesentlich verschlechtert anzusehen. Während  
man noch Ende voriger Woche gern dem Wunsch der  
Großmächte nachgegeben wäre, die neuerliche Aktion  
Österreichs in Belgrad hinanzulieben und hoffte, daß  
dieser Ausschub eine beruhigende Wirkung ausüben  
würde, sieht man heute gerade in dieser Verzögerung  
eine große Gefahr, da momentan in Belgrad die  
Kriegspartei sich um die Kronprinzen zu scharen be-  
ginnt und jeder Tag des weiteren Zuwartens die  
Wahrscheinlichkeit verringert, daß eine Aktion  
der Großmächte, wenn sie überhaupt zu Stande  
kommt, noch eine Wirkung üben kann. Gestern

vormittag fuhr Erzherzog Franz Ferdinand beim  
Minister des Innern vor und konferierte längere Zeit  
mit Freiherrn von Revental. Baron von Revental  
wurde auch vom Kaiser Franz Josef in besonderer  
Audienz empfangen werden.

Wie man der Budapest Korrespondenz aus Wien  
meldet, ist in der gegenwärtigen Situation keine  
Änderung zu erwarten. Die weitere Ent-  
wicklung der Dinge hängt davon ab, inwiefern es den  
Mächten gelingen wird, sich über die in Belgrad vor-  
zunehmenden Schritte zu einigen.

Nach offiziellen Meldungen aus Serajewo hat die  
serbische Kriegsverwaltung zwar die Rezer-  
visten des ersten Aufgebots entlassen, dafür  
aber jene des zweiten Aufgebots zu einer Waffen-  
übung einberufen. Man erblickt darin ein Anzeichen  
dafür, daß Serbien die Zeit bis zu einem eventuellen  
Ausbruch des Krieges benutzen will, weitere Mannschaften  
für den Ernstfall auszubilden.

Zur politischen Lage berichtet die „Tägliche Rund-  
schau“, an deutscher zuständiger Stelle verhalte man sich  
der Entwicklung der Dinge gegenüber durchaus ab-  
wartend. Alle Gerüchte von einer beachtlichen Ab-  
rüstung Serbiens sind mit Vorsicht aufzunehmen und  
einen den Tatsachen voranz.

### Eine Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus gab gestern  
Ministerpräsident Wienert folgende Erklärung ab:  
„Ich halte mich für verpflichtet, dem Hohen Hause im  
gegenwärtigen Zeitpunkt einige Mitteilungen über die  
auswärtige Lage nach ihrem augenblicklichen Stande  
zu machen. (Beifall.) Wie ich bereits in der Vorwoche  
mitteilen in der Lage war, hat die Note, die die  
serbische Regierung in Verantwortung meines un-  
längst in Belgrad unternommenen Schrittes an uns ge-  
richtet hat, unsere Erwartungen nicht enttäuscht. Nach  
den bisher an uns gelangten Nachrichten habe ich hinzu-  
zufügen, daß die serbische Antwort auch seitens  
anderer Kabinette als unbefriedigend er-  
achtet worden ist. Wir haben es unterlassen, auf die  
serbische Note sofort zu antworten, weil eine umgehende  
Erwidrerung eine weitere Verschärfung der Situation  
im Gefolge gehabt hätte, die wir, soweit es von uns  
abhängt, vermeiden wollen. Das Ziel unserer  
Politik ist die Sicherung und Konsolidierung des durch  
die Annerkennungserklärung geschaffenen Zustandes.  
Wir hegen keine aggressiven Absichten und verfolgen keine  
Prezedenzpolitik. Serbien hat demnach nochmals Zeit,  
über seine Lage sich klar zu werden und uns gegenüber  
einzulernen. Wir ziehen es aber auch aus dem Grunde  
vor, uns mit der Verantwortung der künftigen serbischen  
Note nicht allzu sehr zu belasten, weil wir erfahren haben,  
daß andere Mächte neuerdings Serbiens Maß-  
schläge erteilen wollen, denen dieses diesmal hofent-  
lich voll Rechnung tragen wird. Wenn wir aber auch,  
wie aus dem Gesagten hervorgeht, fortfahren, die größte  
Gewand an den Tag zu legen, so erfüllen wir doch  
andererseits nur eine Pflicht gegen uns selbst, wenn wir  
auf die baldige Beendigung des unhaltbaren Zu-  
standes an unserer Grenze (lebhaftes Zustimmung)  
mit allem Nachdruck hinwirken. Wir bleiben jedoch auch  
heute unserer bisherigen Methode treu, indem wir  
Serbien die Hand reichen, damit, wenn dieses zur  
Erkenntnis seiner Situation gelangt, es sie ergreifen  
kann.“ (Beifall.) — Das Haus ging dann zur Fort-  
setzung der Beratung über die Eisenbahnverstaatlichungs-  
vorlage über.

### Die Mächte.

Die Mächte ist immer noch nicht  
erfolgt. Wenn die geplante Aktion der Mächte einen  
Erfolg haben soll, so muß sie einerseits dem österrö-  
chischen Standpunkt gerecht werden, andererseits aber auch  
den Serben mündgerecht werden. Die Aufgabe der  
Mächte ist daher keine kleine, zumal eine Verzögerung  
der Angelegenheit nicht im Interesse des Friedens liegt.  
Die Antwort Österreich-Ungarns auf die Anfrage des  
englischen auswärtigen Amtes nach den Mindestforde-  
rungen Österreich-Ungarns ist bereits nach London abge-  
schickt worden. Es wird zwar geheim gehalten, doch  
kann versichert werden, daß Österreich auf seinem bis-  
herigen Standpunkt verharret und demnach England  
nichts Neues mitteilen hätte. Ministerpräsident Wienert  
erklärte gestern im ungarischen Abgeordnetenhaus, es  
sei noch immer Hoffnung auf Erhaltung des Friedens  
vorhanden.

### Die Lage in Serbien.

Die radikale Partei zwingt jetzt die Regierung  
zur Beschleunigung der Aktionen, um die diplomatische  
Aktion zu stärken. Man hält in Bulgarien die Kriegs-  
gefahr nicht für beseitigt. Auch Graf Forgach  
bereitet seine eventuelle Abreise vor.

## Theater und Kunst.

Groß-Theater. Am Samstag benannte Alexander  
Giradi in Vironces „Mein Leopold“ mit der  
Rolle des „Gottfried Weigel“ sein Gastspiel. Herr  
Giradi gab den feinen Sohn gegenüber so schwachen  
Vater mit schlichter Wahrheit. Wenn man sein Spiel  
verfolgt im protophant ausgestatteten Salon wie droben  
in der armenigen Schaufestspielstätte des 5. Stockes,  
so mühte man die Einfachheit und Natürlichkeit seiner Ge-  
staltungskraft bewundern, die dabei doch voller Leben  
war und nirgends durch irgend welche Uebertriebung  
auf die Spitze gestellt wurde. So konzentrierte er eine  
Figur, die, von Akt zu Akt an Bedeutung wachsend, das  
Interesse für den alten ehrlichen Schwächling, der durch  
die Affektliebe für den Sohn im hohen Alter mühselig  
sein Brod erwerben mußte, bis zum letzten Augenblicke  
festhielt. Nur ein solcher Darsteller macht das Stück  
noch genießbar, besonders aber wenn die Rolle des  
„Vorfühlers“ Starke“ in den Händen eines  
Künstlers aufgehoben ist, wie dies hier bei Herrn Höcker  
der Fall war; der hatte diesen biederen, ehrlichen Arbeiter  
aus dem Volke, der es mit Energie und Entzagt zum  
wohlhabenden Manne bringt, mit natürlicher Kunst ge-  
zeichnet, ihm etwas ungemein Charakteristisches gegeben  
und das Totalbild systematisch aufgebaut; alles war an  
ihn, bis in die kleinsten Details, voll Leben und seiner  
Pikanterie der Ausführung. In solchen Rollen ist  
Höcker wirklich ein „Meister“. Nicht gut wurde das  
Stück durch die Damen Delcamp, Müller, Genthner,  
Sieferle, Pix und Schneider, ferner durch die  
Herrn Mewes („Leopold“), Kempf („Gerinow“) und  
Wassermann („Schwalb“) gestützt; auch die Neben-  
rollen bis hinab zu den Kinderrollen traten wirksam  
heraus und verschafften hierdurch diesem Mixtum com-  
positum von drastisch wirkender Komik und mitunter  
recht findlicher Naivität eine Geltung, wie sie solche  
älteren „Lebensbilder“ heute sonst nicht mehr erlangen.  
von Stecken.

Nach Meldungen aus Belgrad wird dort die Kriegs-  
stimmung jeden Tag neu angefaßt. Im alt-  
radikalen Klub sagte Präsident Juric, der König wolle  
den Frieden nur deshalb, weil er über die Kriegs-  
stimmung im Volke nicht klar informiert sei und seine  
Umgebung ihn stark beeinflusse mit dem Hinweis darauf,  
daß ein unglückliches Ende des Krieges seine Dynastie  
zu Falle bringen würde.

## Baden.

Karlruhe, 23. März 1909.

Oberamtmann Neumann und die Adelskammer.  
Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes geht und  
folgende Berichtigung zu:

In den in Nr. 64, 1. Blatt des Badischen Beob-  
achters vom 20. März in dem Artikel „Zur Ange-  
legenheit Neumann-Oberamtmann“ aufgestellten Ver-  
sicherungen habe ich zu erklären:

Ich habe mich niemals und in keiner Weise darum  
bemüht, die Behandlung der Disziplinarfrage des  
Hauptlehrers Nibel in die Hand zu bekommen; ich  
habe sie nicht geführt und war an der ganzen Ange-  
legenheit nicht mehr und nicht weniger beteiligt, als  
die übrigen Mitglieder des Oberamtsrats.  
Karlsruhe, den 22. März 1909.

Geh. Hofrat G. Neumann.

Eine Berufung auf § 11 des Pressegesetzes wäre selbst-  
verständlich nicht notwendig gewesen. Der Beobachter  
hat an seiner Lokalität in Bezug auf gegnerische Be-  
richtigungen bzw. Erklärungen nie einen Zweifel gelassen.  
Und gerade Herr Geh. Hofrat Neumann dürfte sicher  
sein, daß wir einer Erklärung seinerseits sehr gern ohne  
weiteres Aufnahme gewährt hätten. Der Beobachter war es  
nämlich, der vor Wochen, als die ersten Nachrichten  
dovon, daß Neumann die Adelskammer behandle, und zwar  
nicht in der Zentrumspresse zuerst auftauchten, die  
öffentliche Anfrage stellte, ob das richtig sei. Darauf  
erfolgte etwas spät ein durchaus mißlungenes Demant  
in der Bad. Adz. dessen Fassung allen möglichen Ver-  
mutungen Raum ließ. Die Annahme, daß Neumann  
tatsächlich die Behandlung des Falls Nibel in der Hand  
gehabt habe, erhielt sich denn auch nach wie vor in der  
Presse. Jetzt endlich, nachdem im Beobachter einfach auf  
Grund der bisherigen Sachlage zu gewissen Behauptun-  
gen Oberamtsrats Stellung genommen war, ergreift Neu-  
mann selbst das Wort und erklärt, daß der Oberamtsrat  
in der Sache Nibel gesamtverantwortlich sei und daß ihm  
selbst (Neumann) dabei keine besondere Rolle, weder ge-  
sucht noch ungesucht, zugefallen sei. Wir sind der An-  
sicht, daß diese Erklärung schon zu einem früheren Zeit-  
punkt am Platze gewesen wäre und daß sie damals zeit-  
weiliger Anerkennung über die Verzögerung haben kann.  
Im übrigen danken wir Herrn Abg. Neumann, daß er  
uns endlich auf unsere Frage Antwort gab.

### „Eine Komödie“

wird zurzeit da oben am See aufgeführt wegen  
eines Artikels, den der „Bad. Beob.“ kürzlich gegen  
den neuen Herrn Oberamtmann Levinger in  
Ueberlieferung gebracht hat. Es war dem Herrn  
darin zur Last gelegt worden, er habe es mit aller  
Straf zu verhindern gesucht, daß Herr Dr. von  
Friedingen erster Vorstand des Ostbauvereins werde.  
weil er einen Pfarrer absolut nicht in dieser Stellung  
haben wollte.

Nachdem der Artikel erschienen war, herrichte zu-  
nächst eine auffallende Stille; nur im „Südgau-  
boten“, einem wenig verbreiteten Blatte in Ueber-  
lingen, erhielt der bisherige erste Vorstand des Ost-  
bauvereins, Herr Professor Brugger, eine Erklärung,  
die lediglich etwas „berichtigte“, was in dem  
Artikel des „Beobachters“ gar nicht in Abrede gestellt  
war; über den Kernpunkt des Artikels im „Beob-  
achter“ schwieg der Herr Professor wohlweislich voll-  
ständig; daran ließ sich eben beim besten Willen  
nichts „berichtigen“. Zufällig hören wir noch oben-  
denn, daß jene Erklärung des Herrn Professors  
Brugger, die durch das besonders interessant ist, was  
sie nicht berichtigt, durch Vermittlung des Bezirks-  
amts Ueberlingen an die Redaktion des „Südgau-  
boten“ gelangt sein soll. Das befragt genug!

Wir schweigen zunächst, da wir mit unserem ersten  
Artikel nur erreichen wollten, daß der Herr Ober-  
amtmann Levinger zumal in konfessionellen Dingen  
sich etwas mehr Zurückhaltung anlege; wir schrei-  
ben deshalb auch nicht in ein lokales Blatt. Zu-  
zwischen haben aber einige liberale Blätter am See  
durch unser Schweigen, wie es scheint, wieder etwas  
Mut bekommen; insbesondere die „Kommandeur Zeit.“  
tritt recht frisch auf und möchte, umwissend wie sie  
ist, am liebsten alles ableugnen. Dadurch hat auch  
ein liberaler Bürgermeister des Bezirks Ueberlingen  
die Gelegenheit für gekommen erachtet, um den  
Herrn Oberamtmann herauszufahren. Der Herr  
hatte keine Ahnung von der wirklichen Sachlage,  
machte aber nichtsdestoweniger seinen Kollegen klar,  
daß die Anschuldigungen gegen Herrn Levinger falsch  
seien und so war frug eine bürgermeisterliche Ver-  
trauensfundgebung fertiggestellt, der sich auch der  
Bezirksrat angeschlossen; darin werden die Angriffe auf  
Herrn Levinger als „ungerechtfertigt“ bezeichnet;  
auch versichern die Herren Bürgermeister, die hätten  
Herrn Oberamtmann Levinger als „einen gegen  
jedermann gerechten und wohlwollenden Beamten  
kennen und seine politische und konfessionelle Tole-  
ranz schätzen gelernt“. Das zeigt zur Genüge, daß  
die Herren keine blasse Ahnung davon haben, mit  
welcher Energie derselbe Herr Levinger es zu ver-  
hindern suchte, daß ein katholischer  
Pfarrer Vorstand des Ostbauvereins werde.

Wir wissen nicht, ob irgend jemand auf Erden  
etwas von Vertrauensfundgebungen hält, welche  
Bürgermeister oder Bezirksräte ihrem vorgeleg-  
ten Oberamtmann entgegenbringen, allein Druck er-  
zeugt Gegehrnd. Nachdem auf Seiten des Herrn  
Oberamtmanns Levinger und seiner schlecht unter-  
richteten Anhänger immer wieder der Versuch gemacht  
wird, den Sachverhalt zu verschleiern, liegt es un-  
denn Interesse dafür vor, daß die Wahrheit in die-  
sem Falle festgelegt wird.

Die „Köln. Volksztg.“ (Nr. 219) nennt das Vor-  
gehen des Herrn Oberamtmanns Levinger „ein Kul-  
turflächen aus dem 20. Jahrhundert, das den besten  
Leistungen der 70er Jahre würdig an die Seite ge-  
stellt werden kann. Die Regierung hat sich über den  
Fall bis jetzt ausgesprochen. Der Herr Mini-  
ster wird aber Gelegenheit erhalten, über diese Beurteilung der gemein-  
nützigen Tätigkeit der kath. Geist-  
lichen zu äußern, welche dem Herrn Ober-

## Kirchliche Nachrichten.

Freiburg (Weisgau). Vikar Leo Schuffele in  
Zell a. S. hat Anweisung nach Riehen, Delanats Ge-  
sungen, erhalten. Die Stelle des zweiten Vikars in Zell  
wird vorerst nicht wieder besetzt. Infolge des Prie-  
stermangels sind im Landkapitel Offenburg drei Vikar-  
stellen nicht besetzt.

Ueberlingen a. S. Am Sonntag fand hier die feier-  
liche Indefestur des neuen Herrn Stadtpfarrers  
Adolf Schwarz, bisher Spiritual in Dagne, durch  
Herrn Delan Weisgl. Mat Werber von Stadolszell statt.

Bamberg, 22. März. Im Befinden des in Gries  
bei Wogen zur Erholung weilenden Erzbischofs von Bam-  
berg v. Aberg ist eine ernste Verschlimmerung einge-  
treten. Der Bruder wurde telegraphisch nach Gries ab-  
gerufen; das Domkapitel wurde ebenfalls telegraphisch  
von der schweren Erkrankung des Erzbischofs in Kenntnis  
gesetzt. Im Laufe des heutigen Vormittags traf ein wei-  
teres Telegramm ein, daß im Befinden des Erzbischofs  
eine kleine Besserung eingetreten sei und die Abwendung  
einiger Mitglieder des Metropolitankapitels dorthin vor-  
erst nicht notwendig erscheine.

Münster (Westf.). Zum Regens des hiesigen  
Klosterseminars ist der Pfarrer von St. Joseph hier,  
Guo Oredin, anstelle des zum Weibischof ernannten  
Domkapitulars Regens Jürgens bestimmt worden.

Selmstedt (Braunschweig). Zu den Gründungen  
des H. Ludgerus, die den tausendjährigenbeständigen  
Geburtsstag des Apostels der Friesen und Sachsen feiern,  
gehört auch die Stadt Selmstedt, die noch heute das Bild  
des Heiligen in Stadttoppen führt. Selmstedt ist der einzige  
Ort im Herzogtum Braunschweig, an dem seit den Tagen  
Kaiser Karls des Großen stets katholischer Gottesdienst  
gehalten worden ist.

Städt. 19. März. Vier stark noch längerer Krank-  
heit Ramontus Dr. W. A. L. Pfarrer an der Elisabethen-  
kirche in Jülich, im Alter von 47 Jahren. Pfarrer Dr.  
Watt wirkte über 30 Jahre in der Stadt Jülich und  
war der Erbauer dreier Kirchen. Er war ein Mann

größter Arbeitskraft und Energie, und ihm verdankt die  
Jülicher Diakonie unendlich viel. Er ist ein Opfer seines  
Berufes und seiner unermüdbaren Arbeit geworden. Die  
Diözese Geln, ja die ganze katholische Schweiz, hat einen  
ihrer größten und verdienstvollsten Söhne verloren.

### \*

Vater Bartoli, der ehemalige Jesuit und Mit-  
glied der Redaktion der „Civita Cattolica“, hat, wie die  
„Köln. Volksztg.“ schreibt, eine eigentümliche Entwick-  
lung genommen. Im Sommer vorigen Jahres hatte er  
den Orden verlassen und immer behauptet, daß nur die  
ihm persönlich zugefügte falsche Behandlung ihn aus der  
Gesellschaft Jesu hinausgetrieben habe. Kürzere Zeit  
hätte man nicht mehr von ihm gehört. Nun tauchte er  
plötzlich in Rom in der Gesellschaft der Badener auf.  
Seit dem 14. März hält er täglich in dem Waldenfer-  
tempel in der Via Nazionale religiöse Vorträge, die bis  
zum 2. Mai dauern sollen. Ihre Thematik zeigen deut-  
lich, daß er in die Fußstapfen der Roudier, Dreves,  
Minocchi usw. treten will. Er bekämpft das Papsttum  
und die heilige Form des Katholizismus und verdammt  
ein angeblich ursprüngliches Christentum als die Religion  
der Unfreiheit und Freibeit. Der Zulauf zu dem seltsa-  
men Prediger, der von seiner früheren Wirksamkeit her  
in Rom ziemlich bekannt ist, soll groß sein — natürlich  
der pikanten Sensation wegen, einen Jesuiten und ehe-  
maligen Schriftsteller auf einer waldenfischen Gasse das  
Verdammen zu hören, was er früher vertreten hatte. Die  
Sache ist sogar wenig nach dem Wesen der in religiö-  
sen Dingen sehr liberalen Italië, die faktisch meint,  
es bleibe abzuwarten, ob Bartoli jetzt bei den Waldenfern  
keine Verbreitung finden werde. Wenn man liest, mit  
welcher Begeisterung sich Giorgio Bartoli jetzt, nachdem  
er kaum das Ordenskleid abgelegt, den Katholizismus in  
dem römischen Waldenfertempel „La luce“ (Das Licht) be-  
kämpft und schmätzt, so muß man in der Tat fragen, ob  
nicht etwas anderes als Hoch und Verwilderung ihn in das  
Lager gerade dieser Sekte geführt hat. Mit den pole-  
mischen Zeitungsartikeln nicht zufrieden, kündigt Bar-  
toli jetzt auch noch ein Biederingswerk Il tramonto di  
Roma (Der Niedergang Roms) an.



antmann, schon im Gedanken an seine kurze Jugendzeit zu einem christlichen Bekenntnis, die einseitige Vorliebe hätte verbieten müssen.

Demnach dürfte der Fall den nächsten Landtag beschäftigen; vielleicht liege er sich auch noch zeitweilig feststellen; einige liberale Zeitungen, hauptsächlich die „Kronf. Zeit.“, haben jene Blätter, welche im Fall Levinger die Wahrheit sagten, in beleidigender Weise angegriffen; vielleicht entschließt sich ein derart angegriffenes Blatt, Beleidigungsklage zu erheben, deren Hauptzweck wäre, über das Vorgehen des Herrn Levinger den objektiven Sachverhalt zeitweilig festzustellen; der Beweis liege sich so leicht führen. Nabe läge auch eine Beschwerdechrift der katholischen Geistlichkeit des Bezirks Ueberlingen, die durch Herrn Levinger so schwer brüskiert worden ist. Doch das ist nicht unsere Sache!

In der Sache ist übrigens der Minister des Innern von Bodman ebenso stark engagiert, wie der Oberamtmann von Ueberlingen. Wir halten es deshalb für ein sehr bedauerliches Schicksal, in das sich die „Karlshurger Zeitung“ hüllt.

**Unwahre liberale Behauptungen in konservativer Beleuchtung.**

Die liberale Presse verwendet unter dem Vorantritt ihres Führers Ostbraker beinahe fast ausschließlich die evangelischen konservativen Kandidaten, weil diese dem Zentrum nützlich und sie damit in Konflikt kämen mit ihrem evangelischen Glaubensbewusstsein. Es ist dankenswert, daß auch die konservative „Deutsche Reichszeitung“ sehr energisch und entschlossen gegen diese konfessionelle Brunnenerverfälschung vorgeht. In Nr. 59 der „Deutschen Reichszeitung“ heißt es z. B.

„Es ist doch gut, daß wir unsere „Deutsche Reichszeitung“ haben, sonst hätten z. B. gewiß viele die heitere Stunde nicht gehabt, die sie nun erleben haben, als sie in Nr. 49 von der Bemühung eines liberalen Blattes lasen, einen konservativen Kandidaten über zu machen, die Stimmen konservativer Wähler anzunehmen. Wir haben beim Lesen dieser Artikel unsere Heiterkeit fast mehr Jügel anlegen können. Daß der Liberalen angesehen ist, wenn die Protestanten und Katholiken gegen einander gehetzt werden, und die Kulturkämpfer dabei gewinnen, das wissen wir schon seit Jahrzehnten. Man ist aber allgemach hinter diese Schliche mancher Liberaler gekommen, die sich ins Häufchen laden, wenn ihre Taktik bei Wahlen vorgehalten hat und nach und nach wurde unser protestantisches Volk darüber aufgeklärt und man wendet sich von den Hezern immer mehr ab.“

Beinahe hätte der liberale „Bauländer Vot“ geschrieben, wenn der konservative Kandidat in Adelsheim-Worberg gewählt würde, dann müßte derselbe nachher sich im katholischen Pfarrhaus bedanken, daß die Katholiken einen Protestanten und sogar (!) Verwandten eines evangelischen Pfarrers gewählt hätten. Dazu schreibt die „Reichszeitung“ treffend:

„So? Was er das? Haben die Herren Ostbraker, Jungbader, Schwörer usw., feinerzeit in Freiburg den Sozialdemokraten den Dant anzusprechen müssen, den sie ihnen nicht etwa durch einen persönlichen Besuch, sondern tausendmal durch Inserate in den Zeitungen, Blättern u. dergl. tatsächlich anzusprechen ließ, damit sie sich den Abgaben sozialdemokratischer Stimmen auf nationalliberalen Kandidaten, aber — freiwillig und haben nicht aus anderen Orten die Liberalen für solche Hilfe ihren Dant — freiwillig — ausgesprochen?“

Darauf erinnert die „Reichszeitung“ an die bekannten Versicherungen Waders in der Wiesbacher Rede, in denen er — nicht zum erstenmal — betonte, daß das Zentrum nur sie zu unterstützen, von den Konservativen nicht verlangen, als daß sie als echte konservative zuverlässig und konsequent handeln. Wie nicht der letzte Schatten auf sein religiöses Bekenntnis als evangelischer Kandidat fällt, wenn auch Katholiken für den konservativen Kandidaten gestimmt haben, so auch nicht auf sein politisches Bekenntnis als Konservativer.

Die „Reichszeitung“ bemerkt dazu:

„Daß diese Behauptungen des Herrn geistl. Rat Wader (die durch viele Versicherungen von ihm und anderen Zentrumsführern bestätigt worden sind), auf vollständiger Wahrheit beruhen, das können die Herren Müller, Feinbinder, Bendeck und andere linksliberale Abgeordnete bezeugen, welche viele Jahre lang ihre Stammmembranen nur den Zentrumstimmen verdankten. Aber auch unsere jetzigen konservativen Abgeordneten der 2. Kammer können dies bezeugen und haben es schon oft und laut bezogen, daß von einer Abhängigkeit vom Zentrum durch Zentrumstimmen gar keine Spur vorhanden sei.“

Das müge sich insbesondere Abg. Ostbraker merken, der in Freiburg wieder einmal die Behauptung aufgestellt hat, deren Unwahrheit er kennen muß, daß Zentrum werde nach den Wünschen der Konservativen die Rechnung schon vorlegen. Mit einer loyalen Kampfesweise kann die Meinung Ostbrakers unmöglich vereinbart werden.

„Zum Schluß schreibt dann die „Reichszeitung“:

„Hat nicht Herr Wader jene schlaue Feyer zum voraus treffend gezeichnet? Ans Ungeheuerliche grenzt es aber doch, daß man jetzt noch unseren ev. Männern derartige Zumutungen macht, wie sie jetzt wieder von nationalliberaler Seite aus der alten Mitleidlichkeit von konfessioneller Beziehung hervorgeholt werden, während in den Kreisen sogar der strengliberalen Geistlichen eine frivole Bewegung emporenwacht, welche auf der Erkenntnis fußt, daß die nationalliberale Partei an bindendem Indifferentismus oder bewusster Religionsfeindschaft leide und daß man mit dem Zentrum, das sei von vorn herein klar, mangeltel Verhältnisse habe und in diesen mit ihm zusammengehen müsse. So im Kampf gegen die Verrohung der Jugend, gegen Ehrerbau und Kirchverfall, Sonntagseinstellung, Unzucht in Wort und Bild, auch da, wo eine sogenannte Kunst der Zügellosigkeit zuliebe nicht volle Freiheit haben dürfen, übertriebene Humanitätsdummheit, Radikalisierung der Lehrerschaft und Lehrerbildung, Entchristlichung der Schule, Entfremdung des Religionsunterrichts aus den Schulen. Man könnte noch eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Fragen anführen und dann überhaupt auf die gesamte Tätigkeit des Zentrums im badischen Landtag seit einer langen Reihe von Jahren hinweisen.“

Sie ist sehr gut gewortet auf jene delegierte Behauptung Ostbrakers, der sich auch bereits der „Volksfreund“ gedanklos angeschlossen hat, katholische und evangelische Weltanschauungen seien sehr verschieden. Das leugnet kein gläubiger Katholik und kein gläubiger Protestant. Aber diese Unwahrheit verdirbt nicht, daß man ebenso die andere Unwahrheit anerkennt. Und diese andere Unwahrheit lautet: Zwischen gläubigen Katholiken und Protestanten gibt es auf religiösem und kulturellem Gebiet eine große Reihe von Berührungspunkten und jedenfalls viel mehr als zwischen gläubigen Katholiken und Protestanten einerseits und ungläubigen, atheistischen oder indifferenten Liberalen und Sozialdemokraten andererseits. Darum ist es ganz natürlich, daß sich Katholiken und Protestanten zu einer Zeit trotz aller sonstigen Verschiedenheit zusammenschließen, wo religiöse und kulturelle Fragen in den Vordergrund rücken. Und in einer solchen Zeit leben wir.

Wenn der „Volksfreund“, der sich vor einigen Tagen den konfessionellen Hegeversuchen nationalliberaler Kreise angeschlossen hat, das nicht versteht, dann soll er sich schämen. Um so besser hat er es allerdings seit Jahren verstanden, die Liberalen als total charakterlos hinzustellen, auf die in keiner liberalen Frage Verlaß ist, während er sich nicht scheute, ein sozialdemokratisches Wahlplakatum mit eben diesen charakterlosen unliberalen Liberalen zu empfehlen und es zu rühmen, nachdem es abgeschlossen war. In die sozialdemokratische Fraktion hat sogar ihre parlamentarische Taktik durch Mißsicht auf den liberalen „Kadaver“, wie der „Volksfreund“ einmal schrieb, bestimmen lassen. Er müge daher ja recht vorsichtig sein, wenn er in seinem Glashaus unbeschädigt weiter existieren will.

**Der Tremel-Koller**

graffiert in der „Bad. Landeszeitung“ und im „Volksfreund“ ganz bedenktlos, so schreiben wir in Nr. 62 vom 17. März, wo wir eine Rede des Genossen Eisner in einer jungliberalen Versammlung wiedergaben, in der er der Kirche das unantastbare Recht zusprach, einen ungehörigen Priester dem Disziplinerverfahren zu unterwerfen und selbst abzusetzen. Zum Schluß fragten wir, was Herr Koll dazu sage. Wahrscheinlich nichts. Denn das ist das einfachste, geschrieben wir. In seiner Nr. 66 vom 19. März empört sich nun der „Volksfreund“ gegen unsere Bemerkungen, spricht von Schwindel, Gewissenlosigkeit, Lüge, elende, heuchlerische Komödie usw. Dazu haben wir zu bemerken, daß bei Wiederholung unserer Notiz vom 17. März uns nicht bekannt war und sein konnte, was Herr Koll am 19. März in seinem „Volksfreund“ schrieb. Tatsache ist, daß sich das Blatt im Sinne der Eisnerischen Ausführungen erst am 6. März, wo er in einem „Der Koller“ überschriebenen größeren Artikel über den Fall Tremel berichtete, Gelegenheit dazu gegeben wäre. Wir haben uns infolgedessen getäuscht, als Herr Koll auf unseren Artikel reagierte und nicht, was wir annehmen, schämte. Eine Verdächtigung lag unserem Korrespondenten vollständig fern. Es mag auch zugegeben werden, daß unsere Notiz dadurch, daß sie „Landeszeitg.“ und „Volksfreund“ in einen Topf warf, den Tatsachen nicht genügend Rechnung trug, was wir hiermit berichtigten. Was Herr Koll sonst noch schreibt, können wir übergehen, es zeigt lediglich die hohe Selbstfeindschaft seiner Person.

**Unternehmer-Terrorismus!**

Welche heftigste Mißbilligung in Unternehmerkreisen noch zu finden ist, beweist der trasse Terrorismus, mit dem in Bisthaler von Seiten der liberalen Sozialdemokraten gegen ihre Träger vorgegangen wird. In Bisthaler besteht seit einem Jahre ein katholischer Arbeiterverein. Alle Welt weiß, daß die katholischen Arbeitervereine keine wirtschaftlichen Vereinigungen sind, wie die Gewerkschaften, die sie viel mehr religiöse und sittliche Ziele als Hauptzweck aufstellen. Abgesehen davon, daß jeder deutsche Arbeiter das Organisationsrecht reichsgesetzlich garantiert bekommen hat, also sich den Gewerkschaften mit gutem Recht anschließen kann, so ist es geradezu unerhört, wenn man Arbeitern verbietet, sich einem religiösen Standesverein anzuschließen. Dies geschieht aber gegenwärtig vonseiten einer der Bisthaler Großfirmen. Die beiden Teilhaber, Herren Bürgermeister Reinhard Kern und Karl Kern machten auf ihrem Wert alle Träger ausfindig, die dem katholischen Arbeiterverein angehören. Am Sonntag, den 20. März, wurde dann von Herrn Karl Kern den versammelten „Schuldhgen“ das Ultimatum gestellt: entweder Austritt aus dem Klub, Arbeiterverein oder Maßregeln! Erfreulicherweise haben einige sofort erklärt, nicht aus dem Verein auszutreten zu wollen. Der Rest sind andere durch die Beschlässe vielleicht gezwungen, ihr Wort weiter am Sägemer der Gebrüder Kern zu verdienen. Die katholische Arbeitererschaft wird ihre Konsequenzen zu ziehen wissen, wenn die Zeit gekommen ist. Der Fall zeigt recht deutlich die „Liberalität“ der heutigen liberalen Arbeitgeber Gebr. Kern, die sich nicht begnügen, über ihre Arbeiter ein strenges Vertriebsregiment zu führen, sondern auch die Ueberzeugungsfreiheit ihrer katholischen Arbeiter zu knebeln verstanden!

Gegen solche sozial rückwärtigen Unternehmer gehört ein Gesetz geschaffen, das ihnen, wenn nicht durch den Verband, so doch durch das Gefühl die Ueberzeugung beibringt, daß auch der Arbeiter so gut ein Mensch ist, wie der Arbeitgeber. Es ist unglücklich, daß es noch Arbeitgeber gibt, die in unserer Zeit immer noch meilenweit von jedem modernen sozialen Empfinden entfernt sind.

**Arbeiterzeitung.**

Kronau. Das St. Josephsfest wurde hier in recht würdiger Weise gefeiert. Am Nachmittag fand eine Versammlung des Arbeitervereins statt, wobei der gerühmte Sozialdemokrat Herr Müller, der die interessantesten und lehrreichsten Vorträge über die jüngsten Ereignisse und zur recht praktischen Schlüsse daraus. Herr Land. Ideol. Wilt entwarf ein anschauliches Bild von den Vorgängen, wie sie sich zurzeit des Bauernkrieges in unserer Gegend (Kraichgau) abgespielt hatten. Beide Redner ernteten für ihre trefflichen Ausführungen reichen Beifall.

— Baden-Baden, 21. März. Die hiesigen Herren- und Damenjäger sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

**Kleine badische Chronik.**

— Burkheim a. S., 20. März. Einem alten Gebräuche folgend vereinigen sich gestern nachmittags am Feste des heiligen Josef die Mitglieder der hier noch bestehenden Handwerkerverzunft im Gasthaus zum Adler recht zahlreich zum „Gebot“. Der Junstmeyer, Herr Stadtrat Baumann, hieß die Erscheinenden mit herzlichen Worten willkommen. Als neues Jungmitglied wurde Herr Bertold Jürgart einstimmig aufgenommen. Nach dem Bechenschaftsbericht, der ein günstiges Resultat lieferte, wurden die Ehrenämter, die der kirchlichen Festlichkeiten, Professionen, Verbindungen usw. zu leisten sind, unter die jüngeren Mitglieder verteilt. Wichtige Paragrafen aus den Statuten, die von der berühmten Kaiserin Maria Theresia durch eigenhändige Unterschrift festgesetzt genehmigt wurden, werden beim „Gebot“ gewöhnlich zur Belesung gebracht. Der altzeitliche, lustreich geführte Jungbesuch machte, mit köstlichem „Burkheimer“ gefüllt, die Stunde bei den „Männern“. Eine besondere Freude bereitet das „Gebot“ den Kindern.

Die Sitzung i. B., 22. März. Im Rathaus zum „Café“ fand heute eine zahlreich besuchte Versammlung zur Besprechung eines Eisenbahnprojektes Schliengen—Kandern—Steinen statt. Nach einem Referat des Privatiers Bühler von hier und einer lebhaften Diskussion wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Eine von Vertretern aller Eisenbahnwege zahlreich besuchte Versammlung aus Steinen und den Nachbargemeinden beschließt, einmütig dahin zu wirken, daß zum Zweck einer Verkehrsvereinfachung und Verkehrsverbesserung eine Verbindung zwischen Schliengen—Kandern—Steinen oder Willheim—Kandern—Steinen hergestellt und daß ein dementsprechendes Gesuch unter Vorlage eines Tracés der Großh. Eisenbahnverwaltung bald tunlichst unterbreitet werde. Der Gemeinderat von Steinen wird mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit betraut.“

☆☆☆☆☆☆☆☆

**Von jetzt ab kostenfrei**

bis zum Ende des Monats erhalten neu hinzutretende  
Bezieher den „Badischen Beobachter“. Wir bitten  
um gefl. Angabe der Adresse durch Postkarte, damit  
wir unsere Träger Anweisung geben können.  
Auswärtige neue Bezieher erhalten den „Bad.  
Beobachter“ kostenfrei und in jeder beliebigen An-  
zahl durch die Post zugestellt.  
Geschäftsstelle des „Bad. Beobachter“  
Karlshub, Adlerstrasse 42.

☆☆☆☆☆☆☆☆

**Lokales.**

Karlshub, 22. März 1909.

**Und dem Hofbericht.** Am Sonntag besuchten der Großherzog und die Großherzogin mit der Großherzogin Julie den Gottesdienst in der Schloßkirche.

Gestern vormittag empfing der Großherzog den Legationsrat Dr. Eerb und den Staatsminister Dr. Freiherrn von Büsch zur Vortragserhaltung.

Nachmittags und abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge der Geheimräte Dr. Nicolai und Dr. Freiherr von Babo.

**Musikintimität.** Am Samstag, den 20., und Sonntag, den 21. März, fanden die diesjährigen Prüfungsversuche des Musikintimitäts Klub unter der neuen Direktion statt, welche wieder einen großen Erfolg zu verzeichnen hatten. Herr Musikdirektor Hermann Post, welcher jetzt in Gemeinschaft mit Fräulein Käsn das Intimität leitet, hat die Instrumentalklassen übernommen, während Fräulein Käsn die Klavierklassen leitet. Die außerordentlich feine Schattierung, rein und langhin vorgetragene Tonhöhe verrieten, daß alles auf einer soliden Grundlage aufgebaut ist. Es ist unmaßlich, alle Schüler aufzuführen, der jede und jeder einzelne sein Bestes gab. Gute Begabung zeigten folgende Vorträge: Konzert 1: Sock von Beethoven, Kl. Schub. Konzert 2: Sock von Mozart, Kl. Förster, Sonate für Violine und Klavier von Mozart, Kl. Wäpling und Kl. Traub. Konzert für Violine von Sock, Kl. Ertlinger. Konzert für Violine von Nicolai, Kl. Wetter, sowie ein Trio von Mozart. In Fräulein Käsn lernten wir eine talentierte Sängerin, welche über eine außerordentlich klare, schöne Stimme verfügt. Derselbe brachte Nieder von Beethoven, Mendelssohn und Saccari zum Vortrag. Vielen Beifall erlangte sich Fräulein Käsn durch den hier empfundenen Vortrag des Melodramas „Mozart“ von Kugler. Der in allen Teilen erfolgreiche Verlauf der Prüfungen aber hat uns neue daran, daß der Geist echter künstlerischer Solidität am Kaiserlichen Musikintimität aufs Beste genährt ist.

**Verhaftet.** Ein 40 Jahre alter stilles- und arbeitsloser Möbelhändler aus Achem wurde wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung vorläufig festgenommen, weil er trotz wiederholter Aufforderung sich in einer Wohnung in der Walschönstraße aufhielt und ein Wohnungsgebot herunterriß und vernichtete. — Ebenso ein 20 Jahre alter Tagelöhner aus der Südstadt, weil er seinen Vater und Bruder mit tödlichen und ihnen das Haus anzuzünden drohte.

**Telegramme und neueste Nachrichten.**

Hd. Berlin, 22. März. Der Kaiser sprach heute Morgen beim Reichskanzler Fürsten Bülow vor.

Hd. Berlin, 22. März. Die „Nordd. Allg. Zig.“ schreibt: Wie ein Wiener Blatt meldet, soll in Petersburg behauptet werden, Kaiser Wilhelm habe an den Baren ein Telegramm gerichtet, worin um Einstellung der deutsch-feindlichen Artikel in der russischen Presse gebeten wird. Wir möchten feststellen, daß diese Behauptung aus der Luft gegriffen ist.

Hd. Paris, 22. März. Gestern fanden 12 Erschwerungen für die Kammer statt. Definitiv gewählt wurden 5 Radikale und Sozialisten sowie ein gemäßigter Sozialist. Die Sozialisten gewannen damit ein Mandat.

Hd. Petersburg, 22. März. Der Unterstaatsminister Schwarz hat demissioniert. Als unmittelbarer Nachfolger gilt der frühere Oberprokurator Szwolski.

**Zur serbisch-österreichischen Spannung.**

Hd. Sofia, 22. März. Während die Regierung wiederholt hat erklären lassen, daß sie im Falle eines serbisch-österreichischen Krieges Neutralität wahren werde, agitiert die extreme Russophilen der Zankowisten Partei lebhaft für Serbien. In einem Vorortviertel Sofias wurden bereits 150 Freiwillige für Serbien angeworben und mehrere junge Offiziere sollen bereit sein, den Abmarsch zu nehmen, um sich gegen die Deutschen für die serbische Sache zu schlagen.

Hd. Budapest, 22. März. Zwei böhmische Straßenhändler, angeblich verteilte serbische Offiziere, wurden in der hiesigen Maria-Theresien-Straße, wo sie durch Verhören ihrer Waren und Grundangaben über die Einberufungen und ähnliche militärische Maßnahmen Verdacht erregten, festgenommen. Die Behörden lehnien es ab, über die Einzelheiten dieses Voralles Auskunft zu geben.

Hd. Petersburg, 22. März. Die über London eingetroffene böhmische Deputation, welche für die Autonomie Bosniens und der Herzegovina Propaganda machen will, wird an hiesiger amtlicher Stelle nicht empfangen werden.

Hd. Wien, 22. März. Die Rückfragen dauern fort. Auch gestern trafen hier wieder viele Meseristen aus der Provinz ein. Der Kaiser und der Thronfolger lassen sich wiederholt eingehend Bericht über die Lage erstatten. An der russischen Grenze werden die Armeekorps aus Krakau, Wien, Preshburg und Temesvar verammelt. Es gehen Gerüchte, der Thronfolger werde das Oberkommando übernehmen. Das Militär-Ministrium wurde gestern aufgelöst, da fast alle Offiziere zu ihren Truppenteilen einrückten mußten. Ein größerer Transport von Marine-Meseristen ist nach dem Kriegshafen Pola abgegangen.

Hd. Belgrad, 23. März. Während offiziell und offiziös verifiziert wird, Serbien werde sich dem einmütigen Willen Europas unterwerfen und den Rückzug antreten, trifft man unangekündigt Kriegsmassnahmen. Die Stimmung im Volke und der Armee ist überaus siegesicher. In Belgrad stehen angeblich schon 40000 Mann gut bewaffneter Truppen bereit, um nach Scrajevo zu marschieren.

Hd. Wien, 23. März. Diejenigen militärischen Kreisen ist die Nachricht zugegangen, daß es in Belgrad im Falle der Annahme der österreichischen Forderungen durch die Regierung zu einem Militärputsch kommen könne. Auch aus diesem Grunde hält man hier eine Beschleunigung der Aktion der Mächte für wünschenswert, da der Sturz der serbischen Regierung aus einem solchen Anlaß ein militärisches Einschreiten notwendig machen würde.

Hd. Budapest, 23. März. Selbstverständlich wird offiziös dementiert, daß gestern ein gemeinsamer Ministerrat stattgefunden hat. Aus bedingungslos zuverlässiger Quelle verlautet jedoch, daß in der vorgetragenen in Wien abgehaltenen Beratung der gemeinsamen Minister beschloßen wurde, auf den Erfolg der Bemühungen der Mächte zur Durchführung einer Intervention in Belgrad nur bis Donnerstag zu warten. Graf Tisza soll am Donnerstags- tag, spätestens Freitag dem Belgrader Kabinett eine Note überreichen, in der abermals, nur in energischerem Tone, die Zurücknahme der bekannten Skutjina-Resolution und die Erfüllung der Forderung eine dreitägige Frist gegeben, also eben doch ein Ultimatum gestellt wird.

Hd. Wien, 23. März. Dem k. k. „Slovo“ wird aus Warschau gemeldet: Auf Verlangen der Militär-Behörde hat die Direktion der Warschauer Bahnen Auftrag gegeben, eine entsprechende Anzahl von Waggons für den Transport von Kavallerie-Truppen nach der galizischen Grenze bereit zu stellen.

**Ausführungen in Prag.**

Hd. Prag, 22. März. Gestern kam es hier wiederum zu großen Ständen. Auf dem Wenzelsplatz promenierten gestern nur wenige deutsche Studenten und es waren daher auch die Vorbereitungen der Polizei nicht so umfangreich wie an den vorangegangenen Sonntagen. Die Menge rückte gegen die Wache vor und es kam zu einer großen Kellerei. Die Studenten wurden von der Menge umringt und mißhandelt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. Nach 11 Uhr wollten sich die Studenten vom Graben entfernen, die Menge folgte ihnen und mißhandelte sie wieder. Am ganzen wurden 10 Personen, darunter mehrere tschechische Studenten verhaftet.

**Handel und Verkehr.**

Wfahheimer Gewerbeklub, e. G. m. b. H. Die Zahl der Genossen, die im Vorjahre einen kleinen Rückgang um 2 erfahren hatte, betrug 101. Anschließung, weist für 1908 eine Verminderung um 30 auf, bei abnehmend 103 Anschließungen. Der Umsatz (von beiden Seiten) hat sich allerdings um 20 Millionen auf 67,5 Millionen Mark erhöht. Der Reingewinn von 49.304 Mk. für den ganzen Monat, auf 84.191 Mk. für das ganze Jahr. Die Dividende beträgt wieder 6 Prozent.

Ulin u. Siffinger Kl.-Gef. Mannheim. Der Aufsichtsrat beschloß, wie im Vorjahre eine Dividende von 7 Prozent vorzuschlagen. Der Bruttogewinn pro 1908 beläuft sich auf 1.276.266,00 Mk. (im Vorjahre 1.207.693,40 Mk.), der Reingewinn in bezuglich sich auf 422.062,37 Mk. (im Vorjahre 410.093,93 Mk.).

Meinische Kreditbank. In der letzten Aufsichtsrats-Sitzung gelangte der Geschäftsabrechnung zur Vorlage. Der Bruttogewinn beträgt 10.876.428 Mk. gegen 10.744.699 Mk. des Vorjahres. Der Reingewinn beträgt 7.586.499 Mk. gegen 7.559.947 Mk. in 1907. Es wurde beschlossen, eine Dividendenverteilung von 7 Prozent vorzuschlagen nach 420.000 Mk. Abschreibungen und Rückstellungen bei einem Vortrage von 1.000.000 Mk. wie im Vorjahre.

Badischer Genossenschaftsverband und Mannheim. Die letzte Generalversammlung genehmigte die Anträge der Verwaltung, insbesondere die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent. Die ausstehenden Mitglieder des Aufsichtsrates wurden wiedergewählt.

**Karlshuber Ständebuch-Auszüge.**

Todesfälle: 19. März. Natur, alt 11 Monate 11 Tage, Vater Karl Feils, Kartonagebindereiter. — Luise Herrmann, alt 39 Jahre, Ehefrau des Tapeters Karl Herrmann. — Meta, alt 1 Jahr 1 Monat 13 Tage, Vater Johann Schafel, Gesarbeiter. — Margarethe Braun, Privatier, ledig, alt 73 Jahre. — 20. März. Friedrich, alt 1 Jahr 4 Monate 25 Tage, Vater Christian Kärcher, Eisenbahnschaffner. — Luise, alt 1 Monat 20 Tage, Vater Heinrich Dörflinger, Stadtladendier. — Rudolf, alt 1 Monat 1 Tag, Vater Andreas Seiter, Wagenführer.

**Wetterbericht des Zentralsb. für Meteorol. und Hydrog. vom 23. März 1909.**

Höherer Druck bedeutet auch heute noch den Nordosten des Erdteils und Island. Das übrige Europa bildet ein Gebiet niedrigen Druckes, in dem die Luftdruckunterschiede sehr gering sind. Minima befinden sich über Mitteldeutschland, Schwedensland und über den unteren Donauländern; die letzteren im Nordwesten gelegene Depression hat sich auf die Nordsee verlagert. Im Binnland herrscht trübes, mildes und vielfach regnerisches Wetter; in den Südküsten ist es stark neblig. Meist trübes und mildes Wetter mit Regenfällen ist zu erwarten.

**Wasserhand des Rheines am 23. März 1909 früh:**  
Schnellfluss 1,35, gelbener 2,5, gelber 1,74, gelblicher 2,5, Maximal 3,42, gelblicher 2,5, Wasserstand 2,22, gelblicher 2,5.

**Tageskalender.**

Dienstag, den 23. März 1909:  
Kath. Frühmesse in Karlsruhe. 7/9 Uhr Vortrag im Rathhaus.  
Fideles, Verein katholischer Kaufleute und Beamten, 9 Uhr Vereinsabend.  
Grafenhaus, 8 Uhr Vorstellung.  
Katholischer, 8 Uhr Varietevorstellung.  
Friedrichshof. Heute abend spielt die ungarische Künstlerkapelle im Gartenhof.



Bauarbeiten-Vergabung.

Zur Wiederherstellung der Pfarrgebäude in Steinmauern, Amts Kastatt, sollen zur Ausführung in Verding gegeben werden:

Table with 2 columns: Work type (e.g., Mauerarbeit, Zieglerarbeit) and price (e.g., 4437.84, 426.-).

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszubildende Angebote sind schriftlich, verschlossen und mit Aufschrift versehen, bis spätestens den 31. März d. J., vormittags 10 Uhr, bei dem Kathol. Stiftungsrat in Steinmauern portofrei einzureichen.

Die Pläne, Kostenberechnungen und Bedingungen sind im katholischen Pfarramt Kastatt, den 23. März 1909.

Erzbischöfliches Bauamt. Schrotz.

Arbeitsvergabe.

Zur inneren Ausstattung des neuen Dienstgebäudes Kathol. Oberstufungsanstalt, Beierheimerallee Nr. 16 hahier, sollen weitere

Wärbeitsvergabenarbeiten sowie die Vorhänge und Storelieferungen (der Diensträume) in Submission vergeben werden.

Zeichnungen und Arbeitsbeschreibungen liegen bei unterfertigtem Amt zur näheren Einsicht auf, woselbst auch Angebotsformulare gegen mäßige Vergütung erhältlich sind. Angebote wollen verschlossen und mit Aufschrift versehen, bis längstens

Wittwoch, den 31. d. Mts., vormittags 10 Uhr, bei uns eingereicht werden.

Karlsruhe, den 22. März 1909. Erzbischöfliches Bauamt. Schrotz.

Vermietung von Regelspielflächen:

Freitag, den 26. März, abends 6 Uhr, findet die Vermietung der Regelspielfläche im Stadtpark durch öffentl. Versteigerung statt. Zusammenkunft in der neuen Rekrutationshalle im Stadtpark.

Die Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben, von denselben kann auch vorher auf unserm Büro, Gürtelstraße 6 Einsicht genommen werden.

Karlsruhe, den 19. März 1909. Städt. Garten-Direktion.

Wirtschafts- und Brauereiverkauf.

Ehe meine in dem katholischen, circa 800 Seelen zählenden Pfarrdorf Frohnstetten, an der Bahnhofsstation Kaiserlingens-Frohnstetten, der Straße nach Stellen a. L. N., in günstiger Lage stehende, gut frequentierte Wirtschaft nebst Brauerei, mit Wasserleitung und anliegendem schönen Gemüsegarten wegen Kranklichkeit dem Verkauf aus. Auf Wunsch können auch 14 bis 15 Morgen Acker und Wiesen mitverkauft werden.

Wemert wird noch, daß Frohnstetten ganz in der Nähe des auf dem Heuberge in nächster Zeit zu errichtenden Truppenübungs- und Schießplatz gelegen ist und Aussicht hat, daß das Lager desselben nicht weit von demselben entfernt erstellt wird. Das Geschäft würde sich auch besonders zu einem Bierdepot für eine Großbrauerei eignen, indem sehr gute Keller und Eis genug vorhanden und im Orte keine weitere Brauerei ist.

Brauerei Krone Ernst Hotz, Frohnstetten (Hohenzollern), Post Strahberg

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nacht 12 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester, Nichte, Schwägerin und Tante,

Wina Doldt, nach kurzem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet mit den heiligen Sterbesakramenten, im Alter von 37 1/2 Jahren in die ewige Heimat abzurufen.

Karlsruhe, Mühlburg, St. Johann a. S., München, den 22. März 1909.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen: Ferdinand Doldt und Luise, geb. Hahn.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. März 1909, nachmittags 1/5 Uhr vom Trauerhaus, Sedanstraße 12, aus statt.

Ausstellung einer Muster-Wohnung.

Habe in meinem Etablissement eine komplette Wohnung, bestehend aus:

- 1 Speisezimmer, 1 Salon
1 Schlafzimmer
1 Herrenzimmer

vollständig eingerichtet in mittlerer Preislage und lade Interessenten, speziell Brautpaare, zur gest. Besichtigung ohne jeden Kaufzwang hiermit höflich ein.

Permanente Ausstellung von Zimmereinrichtungen in 5 Stockwerken durch elektrischen Personenaufzug verbunden.

Advertisement for W. Gastel, Hosiery merchant, located at Ritterstraße 8. Phone 1567. Largest and best equipped establishment for modern housing arrangements in all price ranges.

Katholischer Männerverein der Oststadt.

Mittwoch, den 24. März, abends pünktlich 1/9 Uhr im Vereinslokal zum Saalbau

Vereinsversammlung mit Vortrag: Zur auswärtigen Lage. Wir erlauben um zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand. Pension St. Lambert Freiburg i. Br., Scheffelstraße 10.

Ein alleinstehende Damen sind freundliche Zimmer mit Pension auf 1. Juli 1909 zu vergeben. Näheres beim Vorstand des Vereins St. Marienhaus Freiburg i. Br. Hofkaplan Nopp.

Grossherzogliches Hoftheater Karlsruhe

Mittwoch, den 24. März 1909, 7 1/2 Uhr (Einlass 7 Uhr, Ende 9 1/2 Uhr)

VI. Abonnements-Konzert des Grossherzoglichen Hoforchesters.

Dirigent: Dr. Georg Gähler.

Programm: Beethoven, VII. Sinfonie (A-dur), Max Schillings Symphon. Prolog zu „König Oetipus“.

Pause von 10 Minuten. Franz Liszt, „Die Ideale“, Richard Wagner, Ouvertüre zu „Tannhäuser“.

Öffentliche Hauptprobe: Mittwoch, den 24. März, vormittags 11 Uhr. Preis der Eintrittskarte Mk. 2.

Achtung!!! Der Kohlen-Berein Karlsruhe Achtung!!!

ladet alle Konsumenten und Konsumentinnen auf Mittwoch, den 24. März, abends 8 Uhr, in das Colosseum, Saal 3, zu einer öffentlichen Versammlung.

Tagesordnung: Die Vorteile des Kohlen-Bereins durch direkten Bezug von Konsumenten. Der Vorstand.

Advertisement for Backwunder, a patent baking powder. Text: Was ist das? Backwunder ist das Patent-Backpulver, mit welchem der Teig bis zu 10 Stunden stehen, also gerade wie es passt, sofort oder später, zu Hause oder beim Bäcker gebacken werden kann.

Advertisement for Kommunikanten-Ahren, Eugen Klingele, Karlsruhe. Text: in reichster Auswahl zu billigen Preisen.

Advertisement for Linoleum-Reste, Aretz & Cie., Grossh. Hosiery merchant. Text: Eine grössere Anzahl Linoleum-Reste empfehlen zu Ausnahmepreisen.

Für Architekten, Bildhauer oder Schreiner,

ein bestrenommiertes Spezialgeschäft für Architekturbauarbeiten (Architektur), in einer Hauptstadt Bayerns (Kreis Unterfranken) mit Werkzeuge zu verkaufen. 10 000 Mark Bestellungen werden mitüberegeben! Geschäftsräume werden in Miete, Holzvorräte können nach Bedarf übernommen werden! Verkaufspreis 12 000 Mark! Anzahlung nicht unter 6000 Mark. Katolik bevorzugt! Einbeirat event. nicht ausgeschlossen! Angebote unter Nr. 399 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Advertisement for Schaller's Tea, Karlsruhe (Baden). Text: Bitte überall zu verlangen.

Mädchenmädchen zum Eintritt auf 1. April gesucht. Karlsruhe, 18. März 1909. Städt. Krankenhaus.

2-4 kath. Waisenkinder von guter Herkunft finden liebevolle Aufnahme zu guter Pflege und Erziehung bei gebildeten, gelehrten Fräulein. Briefliche Anfragen bitten man an Frä. Kempter, Baden-Baden, Herrngut, richten zu wollen.

Eine ältere Person, katholisch, im Alter zwischen 40-50 Jahren, wird von einem Witwer mit vier gut erzogenen Kindern als Haushälterin gesucht. Ein gutes Heim zugesichert. Angebote unter Nr. 398 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Witwer, Fabrikant, anfangs 50 Jahren, kath., 3 erwachsene Kinder, wünscht sich wieder mit einem älteren Fräulein oder kinderlosen Witwe aus einer guten Familie mit größerem Vermögen zu verhehelichen.

Offerten unter F 1015 an Hasenstein & Vogler, A.-G., Karlsruhe. Verschwiegenheit Ehrensache. Heiratsvermittler verbeten.

Ein fleißiges, älteres und eheliches Mädchen wird auf 1. April gesucht. Näheres Marienstraße 31, I.

Piano neu, höchstes Instrument mit prachtvollem Ton, wird zu wirklich sehr billigem Preis abgegeben. Ritterstr. 11, part., zwischen Garten- und Kreisstraße.

Stoffdivan, neu, für 30 St., sowie Herd, billig zu verkaufen. Näheres Wappereistraße 23, III, r.

Brave Jünglinge im Alter von 16-30 Jahren, welche Beruf von Pfarrerhand in sich fühlen und sich der Ealesianer-Kongregation anschließen wollen, werden sich vertrauensvoll an den Hohen. S. Direktor des Deutschen Don Bosco-Institutes St. Donatus in Penango Montserrat (Italien).

Frankfurter Börsenkurse vom 22. März 1909.

Large table of stock market data from Frankfurt, including various bonds, stocks, and exchange rates. Columns include instrument names, prices, and other market indicators.

Table of exchange rates for various locations like Amsterdam, London, and others. Includes columns for instrument names, rates, and dates.